

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Mit allen Konsequenzen 03.03.2015



KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - In Berlin werden Warnungen vor einem Totalkollaps der Ukraine und Forderungen nach einer Aufnahme des Landes in die EU, eventuell auch in die NATO laut. Wolle man verhindern, dass "in der Nachbarschaft der EU auf Dauer ein schwacher oder zerfallender Staat mit allen ... Konsequenzen"

entstehe, dann komme man um "eine EU-Integration der Ukraine mit allen finanziellen und politischen" Folgen nicht herum, erklärt ein Osteuropa-Experte von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Hintergrund ist neben der katastrophalen wirtschaftlichen Lage des Landes - die Währung ist abgestürzt, Armut grassiert, der Monats-Mindestlohn liegt inzwischen unter 40 Euro - auch der desolate Zustand der ukrainischen Streitkräfte, der jegliche Hoffnung auf einen militärischen Sieg im Bürgerkrieg in nächster Zukunft illusionär erscheinen lässt. Zudem scheint eine Spaltung der militärischen Kräfte nicht ausgeschlossen: Jüngst haben die Führer von 17 Freiwilligenbataillonen einen eigenen Generalstab gegründet und sich damit der Kiewer Kontrolle ein weiteres Stück entzogen.

37,80 Euro im Monat

Ökonomisch befindet sich die Ukraine im freien Fall. Ihre Währung, die Hrywnja, ist dramatisch abgestürzt. Lag der US-Dollar vor dem Sturz der Regierung Janukowitsch noch bei 8 Hrywnja, so sank deren Wert bis Anfang 2015 auf fast 16 Hrywnja pro US-Dollar und stürzte letzte Woche auf zeitweise über 30 Hrywnja pro US-Dollar ab. Die Inflationsrate lag im Januar offiziell bei 28,5 Prozent; manche US-Ökonomen halten die Angabe für grob realitätsverzerrend und taxieren die wirkliche Inflation bei 272 Prozent - derzeit die höchste Rate weltweit.[1] Das Durchschnittseinkommen ist auf rund 130 Euro im Monat gesunken, der Mindestlohn wird mit 37,80 Euro angegeben; damit liegt er inzwischen unter dem Mindestlohn etwa in Bangladesch. Die

Wirtschaft ist im letzten Quartal 2014 gegenüber dem Vorjahreswert um 15,2 Prozent geschrumpft. Mit Massenentlassungen wird gerechnet; der Energieminister hat angekündigt, ein Drittel der staatseigenen Kohlegruben schließen zu lassen. Auch infolge von Kredit-Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) schnellen die Preise in die Höhe. So haben sich die Preise für den öffentlichen Nahverkehr in Kiew verdoppelt; auch die Preise für Energie sind gestiegen, wobei mittlerweile von einer weiteren Steigerung der Erdgaspreise auf fast das Dreifache des heutigen Betrags die Rede ist.[2] Um drohendem Hunger vorzubeugen, hat der Kiewer Bürgermeister Witali Klitschko Berichten zufolge angekündigt, bis Jahresende sollten in der Hauptstadt 200 Geschäfte entstehen, die "Sozialbrot" verkaufen - ein Niedrigstpreisprodukt, das als schwer genießbar beschrieben wird.[3]

50 Milliarden Dollar gegen Russland

Um den vollständigen ökonomischen Kollaps zu verhindern, fordert der US-Milliardär George Soros zusätzlich zu den jüngsten Finanzhilfen des Westens - sie belaufen sich immerhin auf 40 Milliarden US-Dollar - ein erneutes Stützungsprogramm im Wert von 50 Milliarden US-Dollar. Soros' Begründung ist bezeichnend: "Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Ukraine wäre für Putin der maximale Erfolg"; dies müsse verhindert werden.[4]

Die Restauration der Oligarchen

Dabei räumen selbst Kommentatoren, die gemeinhin proukrainisch berichten, offen ein, der Grund für den Absturz der ukrainischen Wirtschaft sei "auch" der Bürgerkrieg, "aber nicht nur".[5] Vor allem die Korruption und die Machenschaften der Oligarchen trügen Schuld daran. Gegen sie richteten sich bereits die Majdan-Proteste; dennoch sind sie seit dem Machtwechsel in Kiew nicht geringer geworden. Tatsächlich gehörte es zu den ersten Maßnahmen des Kiewer Umsturzregimes, Oligarchen in zentrale Machtpositionen zu bringen [6], etwa Ihor Kolomojskij, der als Gouverneur von Dnipropetrowsk zunächst mit der Niederschlagung von Protesten gegen das Umsturzregime betraut wurde und der heute als Finanzier teilweise faschistischer Milizen eine entscheidende Rolle im ostukrainischen Bürgerkrieg spielt. Zu den in Amt und Würden gekommenen Oligarchen, mit denen auch Berlin eng kooperiert, gehört Staatspräsident Petro Poroschenko, der nach seiner Wahl nicht - wie angekündigt - sein Wirtschaftsimperium veräußert hat und bis heute nicht nur den Süßwarenkonzern Roshen, sondern unter anderem auch einen Fernsehsender (Kanal 5) kontrolliert. Wie vor dem Umsturz könnten Fachleute unter den Abgeordneten des Parlaments in Kiew eine "Poroschenko-" von einer "Kolomojskij-", einer "Firtasch-" und einer "Achmetow-

Gruppe" recht klar unterscheiden, berichtete kürzlich ein ukrainischer Experte. Es gebe großen Unmut in der Bevölkerung; allerdings seien die meisten "nicht so resolut wie die Einwohner des Donbass, die eine Nationalisierung der Industriebetriebe fordern, weil die Milliardäre sie verarmen ließen".[7]

Eine zerfallende Armee

In einem desolaten Zustand befinden sich nicht nur Wirtschaft und Politik der prowestlich gewendeten Ukraine, sondern auch ihre Streitkräfte. Bereits im Februar berichtete ein britischer Elitesoldat, der zur Ausbildung der Nationalgarde und von Freiwilligenverbänden in die Ukraine gegangen war, "sechs von zehn Todesfällen" bei den ukrainischen Verbänden seien Schüssen aus den eigenen Reihen oder dem unsachgemäßen Gebrauch der eigenen Waffen geschuldet. Die Kommandeure der zahlreichen unterschiedlichen Milizen griffen wahllos an, ohne die notwendigen Absprachen mit anderen Verbänden zu treffen, und sie gerieten sich dabei gegenseitig in die Quere; es gebe kein funktionierendes zentrales Kommando, kommuniziert werde zumeist über leicht abhörbare Mobiltelefone. "Die Majdan-Aktivisten waren die schlimmsten", berichtete der britische Soldat über seine Erfahrungen bei der Ausbildung der Soldaten und Milizionäre: Viele seien "arbeitslose, ziellose Leute", die "nicht bereit" seien, "Disziplin zu lernen".[8] "Wir haben es mit einer zerfallenden, nicht mehr kampffähigen Armee zu tun", urteilt nun auch Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz.[9]

Gespaltene Streitkräfte

Tatsächlich beginnen sich Teile der bewaffneten Verbände in der prowestlich gewendeten Ukraine endgültig der Kontrolle der Kiewer Regierung zu entziehen. Schon bisher hatten die mehr als 30 Freiwilligenbataillone im Osten der Ukraine im Grundsatz auf eigene Rechnung gekämpft, sich allerdings noch weitgehend in dem von Kiew vorgegebenen militärischen Rahmen bewegt. So hatten sie sich, wenn auch widerstrebend, im Großen und Ganzen an den von Staatspräsident Poroschenko ausgerufenen Waffenstillstand gehalten. Jüngst jedoch haben sich die Führer von 17 Bataillonen zu einem "Vereinigten Stab" zusammengeschlossen, der "ausdrücklich eine Alternative zum Generalstab der Streitkräfte sein soll", wie berichtet wird.[10] Der "Vereinigte Stab", der "Koordination" und "gegenseitige Hilfe" leisten soll, ist nicht in Kiew, sondern in Dnipropetrowsk gegründet worden. Dort residiert der Oligarch Ihor Kolomojskij als Gouverneur, der mehrere Freiwilligenbataillone finanziert. Ob Kiew in Zukunft noch einen Waffenstillstand durchsetzen kann, ist angesichts der Spaltung der Streitkräfte unklarer denn je.

Ein zerfallender Staat

In dieser Situation dringt der Programmleiter "Osteuropa, Russland und Zentralasien" am "Robert Bosch-Zentrum" der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Stefan Meister, auf einen klaren Schnitt in der Kiewer Politik. "Die ukrainische Führung sollte die Regionen Luhansk und Donezk aufgeben", empfiehlt Meister: "Dies wird nötig sein, um den Rest der Ukraine zu retten und eine weitere Destabilisierung des Staates zu verhindern." [11] Zugleich müsse die EU ihren Kurs revidieren und von ihrer bisherigen Weigerung abrücken, die Ukraine aufzunehmen. Berlin und Brüssel waren dazu bislang wegen der absehbar immensen Kosten nicht bereit. "Nur eine klare Entscheidung für eine EU-Integration der Ukraine mit allen finanziellen und politischen Konsequenzen könnte die Verhandlungsposition der EU" gegenüber Russland "verbessern", urteilt Meister nun; in Medienbeiträgen ist unter Berufung auf ihn sogar von einem möglichen NATO-Beitritt zwecks Stabilisierung des Landes die Rede. [12] Donezk und Luhansk könnten dabei "eine Art Pufferzone" zwischen der NATO und Russland werden. Entscheide die EU sich dagegen, die Ukraine zu integrieren, warnt Meister, dann "entsteht in der Nachbarschaft der EU auf Dauer ein schwacher oder zerfallender Staat" - "mit allen sozialen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Konsequenzen".

Weitere Berichte und Hintergrundinformationen zur deutschen Ukraine-Politik finden Sie hier: [Vom Stigma befreit](#) , [Die Kiewer Eskalationsstrategie](#) , [Die freie Welt](#) , [Juschtschenkos Mythen](#) , [Alte, neue Verbündete](#) , ["Faschistische Freiheitskämpfer"](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(II\)](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(III\)](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(IV\)](#) , [Akteure zweiter Klasse](#) , [Die Saat geht auf](#) , [Ukrainische Patrioten](#) , [Ukrainische Manöver](#) , [Ein Lernprozess](#) , [Radikalisierung im Parlament](#) , [Nationalistische Aufwallungen](#) und [Die europäische Wahl der Ukraine](#) , ["Eine Bataille gewonnen, noch nicht den Krieg"](#) , [Außer Kontrolle](#) , [Vom Nutzen des Waffenstillstands](#) und [Arbeitsteilige Aggression](#) .

[1] Steve H. Hanke: Ukraine Hyperinflates. www.cato.org 24.02.2015.

[2], [3] Axel Hansen: In Kiew verkaufen sie jetzt Sozialbrot. www.zeit.de 25.02.2015.

[4] US-Investor Soros fordert 50 Milliarden für die Ukraine. www.spiegel.de 27.02.2015.

[5] Reinhard Vesper: Scheitert die Ukraine? www.faz.net 23.02.2015.

[6] S. dazu [Die Restauration der Oligarchen](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(II\)](#) , [Die Restauration der Oligarchen \(III\)](#) und [Die Restauration der Oligarchen \(IV\)](#) .

[7] Aleksandr Nowikow: Die Oligarchen haben Kiew fest im Griff. www.deutschlandradiokultur.de 17.02.2015.

[8] Bojan Pancevski: Half of Ukrainian Fighters Killed by 'Poor Kit and Friendly Fire'. Sunday Times

22.02.2015.

[9] Marion von Haaren, Robin Lautenbach: Poroschenko - eine tragische Figur. www.tagesschau.de

28.02.2015.

[10] Ukrainische Freiwilligenverbände rücken von Kiew ab. Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.02.2015.

[11] Stefan Meister: Eskalation erwünscht. Warum Minsk 2 nicht funktionieren wird. DGAPstandpunkt Nr. 2, Februar 2015.

[12] Julian Rohrer: Kiew muss Ostukraine aufgeben, sonst droht Europa Krieg. www.focus.de

25.02.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com